

Fürth. Sozial. Für alle.

Kommunalwahlprogramm 2020

DIE LINKE. Fürth



www.die-linke-fuerth.de

Liebe Fürtherinnen und Fürther,

am 15. März 2020 sind in Fürth Stadtrats- und Oberbürgermeisterwahlen. Dabei werden die Weichen für die nächsten sechs Jahre gestellt.

Wir stellen in allen Politikbereichen das Gemeinwohl der breiten Gesellschaft vor das Profitinteresse von wenigen. DIE LINKE ist die Kraft für positive Veränderung. Wir



finden uns weder mit Armut, noch mit immer weiter steigenden Mieten, noch mit immer teureren Tickets für Busse und Bahnen ab. Wir stehen konsequent gegen rechte Hetze und für Solidarität ein.

Wer möchte, dass soziale und ökologische Themen nach der Wahl nicht unter den Tisch fallen, sollte bei dieser Wahl DIE LINKE unterstützen.

Mit solidarischen Grüßen

Niklas Haupt

Oberbürgermeister-Kandidat

Impressum:

DIE Linke. Fürth
Königstraße 95
90762 Fürth

info@die-linke-fuerth.de

www. die-linke-fuerth.de

V.i.S.d.P: Anny Heike

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	4
1. Gute Arbeit. Gute Löhne. Menschen vor Profite.....	7
2. Bezahlbare Mieten. Statt hoher Rendite.	9
3. Klare Kante gegen Rechts. Solidarität statt Rassismus.	10
4. Verkehr: Die sozial-ökologische Verkehrswende gestalten	13
5. Bildungsoffensive für gebührenfreie Kitas und bessere Schulausstattung.....	15
6. Umwelt: Klimagerechtigkeit vor Ort erkämpfen.....	17
7. Kultur und Teilhabe für alle Menschen in Fürth.....	19
8. Demokratie: Politische Teilhabe stärken und ausbauen	20
9. Ohne Frauen ist kein Staat zu machen	22
10. Jugend heißt Zukunft - Freiräume für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene	23
11. Für seniorengerechte und barrierefreie Kommunen	25
12. Gesundheitsversorgung überall - Pflegenotstand bekämpfen .	27
13. Inklusion für Menschen mit Behinderung.....	28
14. Digitalisierung: Die vernetzte Stadt demokratisch gestalten...	29
15. Kommunale Initiativen für Frieden und Konversion.....	30

Liebe Fürtherinnen und Fürther,

fast 130.000 Menschen leben derzeit in unserer Stadt. Hier finden sich Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und sozialer Lage, Bedürfnissen und Lebensentwürfen. Die Stadt ist ein Ort, in dem wir alle leben und arbeiten, unsere Freizeit verbringen und unsere sozialen Beziehungen pflegen. Wir alle sollten in ihr ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können – in unserer Unterschiedlichkeit und unabhängig von der sozialen Situation, in der wir uns befinden.

Die Realität schaut leider anders aus: Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre profitieren vom Reichtum vor allem einige wenige. Die Grund- und Immobilienspekulation boomt und die Mieten steigen immer weiter. Für viele werden die Mieten immer unbezahlbarer und über 500 Haushalte warten in Fürth auf eine Sozialwohnung. Gleichzeitig zerstören Luxussanierungen und Spekulationsobjekte gewachsene Stadtteilstrukturen und vertreiben ihre Bewohner*innen aus den Stadtvierteln.

Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten leben die meisten Mieter*innen für die Arbeit, anstatt für ein gutes Leben zu arbeiten. Prekäre Arbeitsverhältnisse und körperliche und psychische Erkrankungen aufgrund der Arbeitssituation wachsen im selben Ausmaß wie die Wirtschaft. Am Härtesten trifft die Entwicklung Menschen in finanziellen Schwierigkeiten und diejenigen, die ohnehin schon gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt sind. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird in erster Linie auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet - auf Kosten der kommunalen Infrastruktur und öffentlichen Grundversorgung, aber auch der Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

DIE LINKE. Fürth setzt sich für eine grundsätzliche Wende in dieser Politik ein. Der Reichtum der Stadt muss den Menschen

zugutekommen. Der Schutz der Umwelt wird von einer breiten Mehrheit als dringliche Aufgabe der Politik anerkannt. Das betrifft das Klima, die Artenvielfalt, die Reinhaltung von Luft und Wasser und den Stopp des Flächenverbrauchs. Digitalisierung verändert die Arbeits- und Lebenswelt, gefolgt von einem Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir werden diesen Wandel sozial gestalten. Wir werden uns nicht von Markt und Kapital treiben lassen.

DIE LINKE. Fürth steht für:

- **eine soziale Stadt:** Die Bedürfnisse der Stadtbewohner*innen müssen Vorrang vor denen der Unternehmen haben. Wir brauchen einen Stopp der Grund- und Bodenspekulation, ein umfassendes städtisches (soziales) Wohnungsbauprogramm und die Förderung von Wohngenossenschaften. Die städtische Grundversorgung gehört ausgebaut und in die öffentliche Hand. Für die Beschäftigten kommunaler Einrichtungen und von der Stadt finanzierter Träger müssen tarifrechtliche Standards gelten.
- **eine demokratische Stadt:** Die Stadt muss denen gehören, die in ihr leben, wohnen und arbeiten. Die Einwohner*innen sollen das politische Geschehen in der Stadt und in den Stadtteilen mitbestimmen. Wir stehen für einen Ausbau demokratischer Mitentscheidung und Transparenz auf allen kommunalen Ebenen. Der öffentliche Raum muss ausgeweitet werden und der Bevölkerung ohne große Hürden zur Nutzung zur Verfügung stehen. Jugendliche sowie Kunst und Kultur brauchen leicht zugängliche und dauerhafte Freiräume.
- **eine solidarische Stadt:** Herkunft, soziale Lage, Geschlecht, Sexualität, Religion oder körperliche Einschränkungen dürfen bei der gesellschaftlichen Teilhabe keine Rolle spielen. Fürth soll "Sicherer Hafen" für Geflüchtete sein - nicht nur als

Lippenbekenntnis. Das städtische Hilfsangebot für sozial Benachteiligte muss ausgebaut werden und sich an deren Bedürfnissen orientieren. Wir stehen für eine enge städtische Zusammenarbeit und Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen im Kampf gegen Rechts.

- **eine ökologische Stadt:** Wir wollen eine ökologische, nachhaltige und klimagerechte Stadt für alle. Der Ausbau der Radwege und ein energieeffizienter kostenloser Nahverkehr sollen das Auto als Hauptverkehrsmittel ersetzen. Städtische Naturräume müssen erhalten bleiben, Grünanlagen ausgebaut und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Kosten der ökologischen Wende dürfen nicht auf sozial Benachteiligte oder andere Regionen abgewälzt werden.

Kurz: Wir wollen eine Stadt für alle, von allen und mit allen.

Im Fürther Stadtrat wird sich DIE LINKE für diesen dringend benötigten Wechsel in der Stadtpolitik einsetzen. DIE LINKE wird den Dialog auf Augenhöhe mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Bürger*inneninitiativen fortsetzen, ihre Akteur*innen und Anliegen in die Stadtratsarbeit einbinden und ihre Forderungen ins Rathaus tragen.

Unsere Stadt ist für alle Menschen da!

Nicht für den Profit einiger weniger.

1. Gute Arbeit. Gute Löhne. Menschen vor Profite.

Obwohl die Wirtschaft in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist, kommt der wirtschaftliche Erfolg längst nicht bei allen an, die hier arbeiten oder leben. Das Armutrisiko in Fürth ist weiterhin hoch: Etwa 17 Prozent der Fürther*innen sind von Armut betroffen - oft trotz Beschäftigung. Über 10 Prozent der Fürther*innen sind auf Sozialleistungen angewiesen, bei Kindern sind es sogar 17 Prozent. Hohe Lebenshaltungskosten und das Schwinden von kostenlosen und günstigen Räumen zur Freizeitgestaltung und kulturellen Betätigung verschärfen die Problematik weiter. Von Armut Betroffene werden so immer weiter von der sozialen Teilhabe am Stadtleben ausgegrenzt.

Auch in Fürth machen sich also die Folgen der von SPD und Grünen geschaffenen Hartz-Gesetze bemerkbar. „Liberalisierung des Arbeitsmarktes“ und „dynamische Wirtschaft“ heißt vor allem eines: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Obwohl in Fürth die Erwerbslosenquote rückläufig ist, hält der Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen, befristeten Verträgen, Leiharbeit oder anderen unsicheren Arbeitsverhältnissen an.

Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, in der der erwirtschaftete Reichtum allen Menschen zu Gute kommt. Wir kämpfen zusammen mit den Gewerkschaften für einen menschenwürdigen und stressfreien Arbeitsmarkt und eine Stadt, in der niemand unter die Armutsgrenze fällt.

DIE LINKE. Fürth fordert

- strikte Einhaltung geltender Tarifverträge bei Stadt, städtischen Unternehmen und Subunternehmen
- städtische Aufträge nur an Unternehmen, die städtischen sozialen und ökologischen Kriterien entsprechen. Dazu gehören u.a. Tarifverträge, Angebot von Ausbildungsplätzen, Erfüllung der

rechtlich festgelegten Schwerbehindertenquote, Existenz einer betrieblichen Interessenvertretung (z.B. Betriebsrat) und faire Lieferketten

- keine Aufweichung der Ladenschlusszeiten und der Regelungen zu Sonn- und Feiertagsarbeit
- den dauerhaften Verzicht auf sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit und 1-Euro-Jobs bei städtischen Arbeitsplätzen
- die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um ein Prozent zur Finanzierung von betrieblichen Begleitprogrammen für am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen, wie z.B. Geflüchtete, Menschen mit Einschränkungen oder Geringqualifizierte
- arbeits- oder wohnortnahe Kindertagesbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten und familienfreundlichen Betreuungszeiten
- keine Privatisierung von öffentlichen Betrieben oder Betriebsteilen, Einrichtungen und Aufgaben
- keine Fremdvergabe von Leistungen durch kommunale Betriebe zum Zweck der Lohnsenkung
- keine öffentlich-privaten Partnerschaften („Public Private Partnerships“), da diese zu Erzielung von Gewinnen und Privatisierung und damit zu höherer Belastung der Einwohner*innen durch Gebühren führen
- die Rückführung für die Grundversorgung wichtiger kommunaler Unternehmen in die öffentliche Hand
- die gezielte Förderung gemeinwohlorientierter Betriebe und Genossenschaften
- die Fortführung der städtischen Unterstützung der Tafeln; Bedingungen schaffen, die die Tafeln überflüssig machen

2. Bezahlbare Mieten. Statt hoher Rendite.

Bezahlbaren Wohnraum zu finden, wird bundesweit zunehmend ein Problem. Menschen müssen deshalb immer mehr Geld für Wohnkosten aufbringen. Auch in Fürth sind die Mieten in den vergangenen zehn Jahren um ca. 50 Prozent angestiegen. Gleichzeitig gibt es immer weniger Sozialwohnungen. Aktuell gibt es in Fürth gerade noch 2169 sozial geförderte Wohnungen. Allein zwischen 2020 bis 2030 fallen jedoch fast 1000 Wohnungen aus der Sozialbindung. Demgegenüber stehen 570 Haushalte, welche zum Teil seit Jahren auf eine Sozialwohnung warten. Dadurch wird Wohnen in der Stadt immer mehr zum Luxusgut und Menschen mit geringem Einkommen werden verdrängt. Für manche Haushalte bedeutet dies sogar die Zwangsräumung ihrer Wohnung. Hier ist dringend ein Politikwechsel notwendig, denn Wohnen ist ein Menschenrecht. Wir unterstützen das Volksbegehren für einen sechsjährigen Mietenstopp, um den Mieter*innen eine Atempause zu ermöglichen und den Kommunen die Zeit zu geben, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen.

DIE LINKE fordert deswegen, dass die Versorgung für alle mit guten und bezahlbaren Wohnungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge gemacht wird. Es braucht eine Offensive im sozialen Wohnungsbau.

DIE LINKE. Fürth fordert

- ein grundsätzliches Umdenken hin zum kommunalen Wohnungsbau
- keinen Verkauf von Grundstücken der Stadt Fürth und der Wohnungsbaugesellschaft (WBG)
- eine verbindliche 50-Prozent-Quote an Sozialwohnungen für privatwirtschaftliche Neubauprojekte sowie einer Orientierung hin zum Bau von Mehrfamilienhäusern
- die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung

- die aktive Förderung genossenschaftlichen Wohnbaus
- Nachverdichtung und trotzdem ein genügend großes Angebot an Spiel- und Grünflächen
- eine Erhaltungssatzung, um die Umwandlung von Wohnhäusern in Eigentumswohnungen zu unterbinden
- eine Erhöhung der Mietobergrenzen für Hartz IV-Betroffene durch Jobcenter und Sozialamt
- eine Wohnungsaufsicht zum Schutz der Mieter*innen vor Mietwucher und schlechten, ungesunden Wohnverhältnissen
- dass die Wohngeldstelle ausreichende Ressourcen bekommt, um Anträge zeitnah bearbeiten zu können
- die Beibehaltung des qualifizierten Mietspiegels und Einsatz auf Bundesebene, damit auch Bestandswohnung in die Berechnung mit einfließen
- keine Zwangsräumungen
- keine Strom- und Gassperrungen

3. Klare Kante gegen Rechts. Solidarität statt Rassismus.

Menschen unterschiedlichster Nationalität, sexueller Orientierung, Herkunft und geschlechtlicher Identitäten leben in unserer Stadt zusammen. Dies ist die Normalität und sollte eigentlich nicht der Rede wert sein. Und doch erfahren Menschen tagtäglich Diskriminierung und werden nicht akzeptiert, was besonders für Kinder und Jugendliche prägend sein kann. Beispielsweise sollte die höhere Selbstmordrate bei homosexuellen Jugendlichen und Kindern alle in Alarmbereitschaft versetzen. Staatliche Ungleichbehandlung von In- und Ausländer*innen, die Abschottungspolitik des deutschen und europäischen Asyl- und Grenzregimes, institutioneller und Alltagsrassismus sowie der von Rechten und Konservativen forcierte gesellschaftliche Rechtsruck der letzten Jahre machen Migrant*innen

auch in Fürth ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben schwer. Rassismus oder Antisemitismus im Alltag zu erleben, ist für viele Menschen hier bittere Realität. Niemals sollte dies jedoch als Normalzustand akzeptiert werden. Hinzu kommt noch, dass im Zuge des Erstarkens extremer rechter Parteien und Strukturen vermehrt Angriffe auf Personengruppen, die nicht in das Weltbild rechter Hetzer passen, gezählt werden.

Seit jeher setzt sich DIE LINKE gegen Diskriminierungen, Rassismus und für einen aktiven Antifaschismus ein. Wir sind aktiver Teil des Fürther Bündnisses gegen Rechtsextremismus und Rassismus und unterstützen das vielfältige zivilgesellschaftliche antifaschistische Engagement in Fürth. Im Stadtrat haben wir zahlreich Anträge für ein solidarisches Miteinander gestellt. Über den Beschluss “keine Abschiebung bei Schule und Ausbildung” und zahllosen Resolutionen gegen Rechtsextremismus und Rassismus bis zum “Sicheren Hafen Fürth” - DIE LINKE steht für eine offene und inklusive Stadtgesellschaft für alle Fürther*innen, unabhängig von Klasse, Schicht, Milieu, Alter, Gesundheit, Herkunft oder Pass.

DIE LINKE. Fürth fordert

- keine städtischen Räume zur Nutzung durch rassistische Organisationen
- die Aufstockung personeller Ressourcen, um als Stadt kompetent langfristige und nachhaltige Konzepte für die Gleichstellung von allen Menschen, unabhängig ihres Geschlechts, ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer Herkunft oder sexuellen Orientierung entwickeln zu können
- aktive Sensibilisierung in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen mittels Workshops, Projektarbeiten etc.
- die Durchführung von Aufklärungs- und Begegnungsprojekten

- kontinuierliche Aufklärung an unseren Schulen über die Verstrickungen von Fürther NS-Funktionär*innen in die Besetzung der polnischen Stadt Torun im 2. Weltkrieg
- die Förderung und Vernetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- die Schulung und Sensibilisierung aller Mitarbeiter*innen der Behörden, um Missverständnissen und unbewusster Diskriminierung entgegenzuwirken
- die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren für öffentlich-rechtliche Arbeitgeber*innen
- von der Stadt Fürth ein klares Bekenntnis zur Gemeinnützigkeit von interkulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen, die sich für eine offene und pluralistische Gesellschaft einsetzen
- Umbenennung von Straßen, die nach Personen benannt sind, die in die NS-Herrschaft verstrickt waren oder von dieser profitiert haben., z.B. Gustav Schickedanz und Ludwig Erhard
- keinerlei weitere städtische Förderung des neoliberalen Ludwig-Erhard-Zentrums
- keine Normalisierung im Umgang mit antidemokratischen Parteien wie der AfD
- keine Zusammenarbeit mit und keine Zustimmung zu Anträgen von Personen und Gruppen, die faschistische, neonazistische oder sonstige gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit propagieren
- die finanzielle Unterstützung der privaten Seenotrettungsorganisationen
- Aufnahme von minderjährigen Geflüchteten aus den Lagern in Griechenland

4. **Verkehr: Die sozial-ökologische Verkehrswende gestalten.**

DIE LINKE steht für eine ökologisch nachhaltige Verkehrswende, die den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) und nachhaltige Mobilitätsangebote in den Fokus nimmt. Der ÖPNV, Fahrradverkehr und Menschen zu Fuß müssen das Auto als wichtigstes Verkehrsmittel in der Stadt ersetzen. Eine Reduktion des Kraftfahrzeugverkehrs führt zur Eindämmung der Schadstoffbelastung für Mensch und Umwelt, erhöht die Verkehrssicherheit und befreit für Straßen und Parkplätze genutzte Flächen zu Gunsten der Stadtgesellschaft. Die Bewohner*innen sollen nicht mehr auf das Auto angewiesen sein. Um dies zu erreichen, bedarf es sinnvoller Alternativen, die für alle Teile der Bevölkerung erschwinglich und nutzbar sind.

Bisher ist der ÖPNV zum Teil teurer als die Nutzung des eigenen Autos und vor allem für Menschen mit schmalen Geldbeutel kaum bezahlbar. Hinzu kommt, dass außerhalb des Innenstadtbereichs die Erreichbarkeit und die Taktung der Busse ungenügend sind. Genauso fehlt ein zukunftsfähiges Rad- und Fußwegekonzept. In vielen Fürther Stadtteilen gibt es keine durchgängigen Fahrradwege oder sie hören abrupt auf. Zudem sind Bordsteine oft nicht genügend abgesenkt. Was nicht nur für Fahrradfahrer*innen ein Problem darstellt, sondern auch eine Einschränkung für Menschen mit Behinderung ist.

Für DIE LINKE ist Mobilität ein Grundrecht.

DIE LINKE. Fürth fordert

- kurzfristig die Einführung des 365-Euro-Tickets für Nürnberg/Fürth/Stein und mittelfristig einen kostenlosen Nahverkehr
- die Abschaffung der Ausschlusszeiten beim Monatsticket für das Fürther Stadtgebiet

- den Ausbau der Taktung und Reichweite des städtischen öffentlichen Nahverkehrs (Bus)
- den Ausbau des Angebots an Midi-Bussen, auch für den Betrieb außerhalb der Hauptnutzungszeiten
- die Entwicklung eines zukunftsfähigen Rad- und Fußwegekonzeptes für das gesamte Stadtgebiet, dazu können auch Kfz-Spuren in Radwege umgewandelt werden
- den Räum- und Winterdienst auch für Radwege
- die Freigabe von Einbahnstraßen für den Radverkehr in der Gegenrichtung
- die Fürther Freiheit ohne Parkplätze zur Nutzung für alle Bürger*innen
- die geplanten Fahrradstraßen zügig umzusetzen (inkl. Adlerradweg zwischen Fürth und Nürnberg)
- durchgängige Fahrradwege entlang der großen Verkehrsachsen wie Schwabacher und Nürnberger Straße (Nord-Süd bzw. Ost-West)
- barrierefreie Übergänge statt Unterführungen
- bei Baustellen die Passierbarkeit auch für Rollstuhlfahrer*innen und Kinderwägen
- die Ausweitung von Tempo-30-Zonen, insbesondere in der Innenstadt
- Park and Ride Möglichkeiten für die großen Einfallstraßen wie Würzburger, Erlanger und Schwabacher Straße mit Anbindung an den ÖPNV
- den Bau eines Fahrradparkhauses am Bahnhof für die sichere Unterbringung von Fahrrädern für Pendler*innen mit Möglichkeit einer Servicestation für Reparaturen
- die Einführung eines Fahrradverleihs durch die Infra, kompatibel im VGN-Gebiet

- den Ausbau des Verleihangebots an Lastenfahrrädern und Fahrradanhängern für die Bevölkerung
- die Installierung eines Ringverkehrs, um umliegende Gemeinden besser untereinander zu vernetzen

5. **Bildungsoffensive für gebührenfreie Kitas und bessere Schulausstattung.**

Bildung ist Menschenrecht und Voraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt entwickeln. Deutschland hat es jedoch bis heute nicht geschafft, Bildungschancen für alle gerecht zu gestalten. In Bayern beeinflusst die soziale Herkunft der Schüler*innen massiv deren Bildungschancen.

In Fürth sind gerade die Schulhäuser von einem massiven Sanierungsstau betroffen. Undichte Dächer, Platzmangel, kaputte Toiletten und eine mangelnde Infrastruktur in Bezug auf die Digitalisierung. Kurzum: Viele Schulhäuser müssten dringendst saniert, modernisiert und auch massiv erweitert werden. Im Hinblick auf die steigenden Schüler*innenzahlen ist dies gerade für die Grundschulen und im Rahmen der Ganztagsbetreuung ein großes Problem. Kindertagesstätten und v.a. Schulhäuser sind zum großen Teil weder behindertengerecht ausgebaut noch barrierefrei zugänglich oder entsprechend räumlich ausgestattet - und das 10 Jahre nach Inkrafttreten der UN- Behindertenrechtskonvention. Wo allerdings gebaut wird, passiert dies, wie am Helene Lange Gymnasium, meist intransparent und auf Kosten der Umwelt.

DIE LINKE streitet für eine gute Bildung für alle. Bildung muss von der Kita bis zur Meisterprüfung gebührenfrei und inklusiv sein. Bildungsstätten der Zukunft müssen Lernorte sein, an denen sich alle Schüler*innen und Lehrkräfte wohlfühlen, an denen sie leben und lernen können. Das bedeutet auch – und gerade hierfür ist die Stadt

Fürth als Sachaufwandsträger verantwortlich, dass es an Schulen neben Klassenzimmern und Lernräumen auch Platz zum Toben und zum Entspannen sowie Rückzugsmöglichkeiten geben muss. Die Betreuung der Schüler*innen am Nachmittag und in der Mittagsbetreuung muss von qualifizierten Kolleg*innen angeboten werden: Hier auf prekäre Arbeitsverhältnisse zu setzen und nicht pädagogisch ausgebildete Kolleg*innen heranzuziehen, ist ein Fehler, den sich die Stadt Fürth nicht leisten darf.

DIE LINKE. Fürth fordert

- kostenlose und bedarfsgerechte Ganztagesbetreuung für Kinder im Kindergarten- und Schulalter
- inklusive und integrative Kindertagesstätten mit geschultem Personal und ausreichenden, entsprechend ausgestatteten Räumlichkeiten und kleineren Gruppen
- Konzepte zur Sanierung und Gestaltung von Schulhäusern
- Transparenz auch bei Schulsanierungs- und Neubauprojekten
- den Ausbau von städtisch geförderten, bedarfsgerechten Differenzierungsangeboten als ein Schritt in Richtung Chancengleichheit
- eine langfristige Strategie, um die Betreuung von Kindern in Kitas und Schulen zu gewährleisten - und zwar auf einem hohen pädagogischen Niveau
- die Arbeit als Erzieher*in muss genug für den Lebensunterhalt einbringen, die Ausbildung muss vergütet werden
- in der Ganztagsbetreuung muss pädagogisch ausgebildetes Personal eingesetzt werden. Die Kolleg*innen, die bereits in der Betreuung arbeiten müssen fortgebildet werden. Alle müssen entsprechend nach dem Tarifvertrag entlohnt werden
- Gleichbehandlung aller Kinder, auch bei der Mittagsbetreuung
- kostenlose Mittagessen für alle - kein Kind soll hungern müssen!

6. Umwelt: Klimagerechtigkeit vor Ort erkämpfen.

Weltweit nehmen durch Klimawandel verursachte extreme Wetterphänomene zu. Auch in Fürth werden die Auswirkungen der Klimakrise zunehmend spürbar. Über den Sommer sind zunehmend mehr und längere Hitzeperioden zu erwarten und damit lange Trockenphasen. Für viele Menschen stellen solche Phasen bereits jetzt eine übermäßige gesundheitliche Belastung dar. Neben der Hitze führt auch die hohe Ozonbelastung zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Davon sind alle Menschen betroffen, Kinder oder kranke bzw. ältere Menschen allerdings besonders. Die Notwendigkeit im kapitalistischen System, Profit und Wachstum zu schaffen, hat in eine globale ökologische Krise geführt und erzeugt weltweiten Widerstand. Der Protest für Klimagerechtigkeit und gegen Umweltzerstörung wird immer entschlossener. Die Bevölkerung hat die Dringlichkeit erkannt, doch die Politik hinkt hinterher.

Wir fordern ein radikales Umdenken und konsequentes Handeln - die Bedeutung des Klimaschutzes geht alle etwas an, auch die Kommunen. Fürth braucht ein umfassendes und mutiges Klimakonzept. Es geht nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um den Erhalt der Artenvielfalt, Grünflächen und Gewässer, den Tierschutz und die Versorgung mit sauberer Luft, Trinkwasser und Nahrung, sowie einen nachhaltigen Umgang mit anderen Ressourcen. Die größten Verursacher der ökologischen Katastrophe sind immer noch die großen Unternehmen. Es gilt, sie besonders in die Pflicht zu nehmen, anstatt die Kosten der ökologischen Wende auf die Bevölkerung umzuwälzen oder die hier geschaffenen ökologischen Probleme auf andere Regionen in der Welt auszulagern. Die Kommunalpolitik muss dazu ihren gesamten Handlungsspielraum ausschöpfen.

DIE LINKE. Fürth fordert

- den Ausbau und die Förderung von Geothermie, Brennstoffzellen, Power-to-Gas, Windkraft, Solarenergie und nachhaltiger Biomasseverwertung in Kooperation mit den umliegenden Kommunen
- die höhere Förderung ökologischer Strommodelle für Mieter*innen für eine dezentrale und unabhängige Energieversorgung
- steigende Energiepreise bei hohem Verbrauch, um Energiesparen zu fördern
- entgeltfreie Strom-Grundkontingente und Abschaffung von Stromsperrern, um Energiearmut zu bekämpfen
- eine Rekommunalisierung der Energieversorgung d.h. auch der Infra an der derzeit E.ON 20 Prozent der Anteile besitzt
- eine verstärkte Grünbepflanzung im gesamten Stadtgebiet, um einer Aufheizung der Stadt entgegenzuwirken
- die Stadt Fürth soll sich dem "Projekt Stadtgrün" der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau anschließen und Orte, wie die U-Bahn-Haltestelle Stadtgrenze, begrünen
- dass Flüsse in das Klimakonzept mit eingebunden werden und unterirdisch verlegte Wasserläufe, wo möglich, renaturiert werden, um somit die Aufheizung innerhalb des Stadtgebietes abzumildern
- dass das Grünflächenamt personell aufgestockt wird, um die oben genannten Vorhaben zeitnah umsetzen zu können
- die Vermeidung von Flächenversiegelung und Forcierung von Entsiegelung
- bei Neubauten von Wohnanlagen sind Grünflächen zur gemeinschaftlichen Nutzung, wie z.B. Gemeinschaftsgärten, -beete etc. zu schaffen

- den kostenlosen Eintritt in das Freibad bei großer und langanhaltender Hitze
- ausreichend Trinkwasserstationen im gesamten Stadtgebiet
- 100 Prozent ökologische, saisonale und weitestgehend regionale Verpflegung in städtischen Einrichtungen
- nachhaltiges Planen, Bauen, Nutzen und Betreiben von öffentlichen Gebäuden. Die Baubranche ist der Hauptverursacher für den enormen Ressourcen- und Energieverbrauch in Deutschland

7. Kultur und Teilhabe für alle Menschen in Fürth.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss für Alle möglich sein. Kultur als Basis für die Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft ist wichtig. Die Stadt Fürth erfreut sich einer großen und lebhaften Kulturszene. Es gibt eine Vielzahl von Vereinen und selbstorganisierten Gruppen. Neben dem Sport und den klassischen Künsten, gehört hier die Ausgeh- und Kneipenkultur dazu wie auch politische Gruppen und Religionsgemeinschaften, Nachhaltigkeitsinitiativen und Sozialverbände und -institutionen. Innerhalb und zwischen den kulturellen Gruppierungen werden die verschiedenen Formen des Zusammenseins gelebt, erprobt und weiterentwickelt. So eröffnet die Kultur neue Räume im Denken und Handeln.

Dieses Engagement braucht Freiräume und bezahlbare Infrastrukturen und sollte nicht nur als Wirtschaftsfaktor gesehen werden. Die langanhaltende Diskussion um ein Soziales Zentrum zeigt, dass hier ein eklatanter Mangel besteht. Zivilgesellschaftliche und kulturelle Gruppen stehen bisher zu wenige Möglichkeiten, öffentlichen Räume zu nutzen, zur Verfügung. Die bestehende kulturelle Vielfalt in Fürth muss wertgeschätzt, geschützt und gefördert werden.

Teilhabe bedeutet aber auch, dass bei geringem Einkommen Einrichtungen wie Sportstätten, Ausstellungen, Theater und Museen besucht werden können. Es ist die Aufgabe der Kommune, dies zu gewährleisten.

DIE LINKE. Fürth fordert

- die Einrichtung mindestens eines Sozialen Zentrums in zentraler Lage in Fürth, hierfür erscheint die alte Feuerwache momentan als geeigneter Ort
- dass sich die Stadt Fürth im Bahnhof Räume sichert, die Bürger*Innen unbürokratisch für Veranstaltungen oder Treffen nutzen können
- günstige Eintritte und freie Tage für Fürther*innen für kulturelle Einrichtungen, wie es in anderen Städten üblich ist
- die Ausweitung der Angebote für Inhaber*innen des Fürth-Passes. Armut darf nicht zum Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben führen
- ein größeres Budget für das Kulturamt

8. Demokratie: Politische Teilhabe stärken und ausbauen

Für DIE LINKE. Fürth ist Bürgerbeteiligung ein Wesensmerkmal unserer Demokratie. Nur durch Transparenz und Teilhabe schafft man es, die Bevölkerung in allen Belangen mitzunehmen. Bürgerentscheide, Bürgerhaushalte, Fragestunden, Einwohner*innenversammlungen – es gibt genügend Werkzeuge für mehr Bürger*innenbeteiligung, die auch von Anfang an genutzt werden sollten. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Gerade die Fürther Bauprojekte der letzten Jahre haben gezeigt, dass Anwohner*Innen erst dann informiert werden, wenn die Stadtspitze

wesentliche Richtungsentscheidungen schon getroffen hat. Eine Einbeziehung der Bevölkerung bedeutet auch, dass die Ergebnisse nicht, wie jüngst bei der Bürger*innenbeteiligung Hornschuch-Promenade, wieder nach kurzer Zeit relativiert werden.

Wir stehen für einen Ausbau demokratischer Mitentscheidung und Transparenz auf allen kommunalen Ebenen. Der öffentliche Raum muss ausgeweitet werden und der Bevölkerung ohne große Hürden zur Nutzung zur Verfügung stehen.

DIE LINKE. Fürth fordert

- Beteiligung: frühzeitige, umfassende und wirksame Bürger*innenbeteiligung bei städtischen Projekten und Investitionen mittels offener Workshops
- dass Ergebnisse von Bürger*innenbeteiligung verbindlich sind und von der Stadtspitze berücksichtigt werden müssen
- dass alle Bürger*innen ihre Anliegen, Einwände und Ideen online und offline frühzeitig ohne Barrieren bei der Stadt Fürth einbringen können und umfassend Auskunft erhalten - auch anlassbezogen mit Infoveranstaltungen und Workshops
- Transparenz der Verwaltung stärken: übersichtliche und leicht einsehbare Präsentation von Protokollen städtischer Gremien, Haushaltsplänen und Haushalten sowie Datenerhebungen, Gutachten und Studien im städtischen Auftrag über das Rathausinformationssystem und Kontaktstellen
- eine zentrale Anlaufstelle für alle: Das Rathaus soll zum Haus der Demokratie und zur zentralen Anlaufstelle für die Bürger*innen werden, wo alle Bürger*Innen mit Stadtverwaltung, Politiker*innen ins Gespräch kommen können

- Transparenz bei Vorhaben und Vorgängen in der städtischen Verwaltung und im Stadtrat, inkl. Streamen der öffentlichen Sitzungen und Einsicht in Sitzungsprotokolle
- mehr Mitspracherecht in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schüler*innenvertretung in Schulen etc.)
- die politische Bildung an Schulen zu stärken
- dass alle Bürger*Innen nachvollziehen können, wofür öffentliche Gelder verwendet werden

9. Ohne Frauen ist kein Staat zu machen.

Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau wurde vor über 60 Jahren gesetzlich verankert, aber immer noch nicht erreicht. Frauen sind in fast allen Bereichen der Gesellschaft weiterhin stark unterrepräsentiert. Sie verrichten immer noch den größten Teil unentgeltlicher Haus- und Erziehungsarbeit. Sexismus im Alltag, Gewalt gegen Frauen bis hin zur Tötung (Femizide) geht alle etwas an. Im Jahr 2018 musste das Fürther Frauenhaus wegen Platzmangel 140 Frauen abweisen. Gleichzeitig werden rechtsextreme und fundamentalistische Kräfte stärker, die Frauenrechte wieder einschränken wollen.

DIE LINKE tritt für eine solidarische und freiheitliche Gesellschaftsordnung ein, in der alle Menschen selbstbestimmt und frei leben können, ohne Existenzangst und Angst vor Diskriminierung. Für uns geht es um soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Emanzipation der gesamten Gesellschaft!

DIE LINKE. Fürth fordert

- feste Quotenregelungen in öffentlichen Ämtern, auf allen Ebenen und in allen Bereichen

- kein Frauenhaus soll Frauen abweisen müssen. Wir fordern eine 100-prozentige Finanzierung des Frauenhauses durch die Stadt Fürth und zusätzliche Stellen
- die Anmietung des ehemaligen Curanums, um dort ein offenes Frauenhaus mit mehr Plätzen zu ermöglichen
- ausreichend personelle Ressourcen für Antidiskriminierungsarbeit sowie zur Prävention von sexueller Gewalt, beispielsweise an Schulen
- dass Leistungen von Frauen durch Ausstellungen, Straßenbenennungen oder dergleichen sichtbar gemacht werden
- gleichgestellte Förderung von Teamsportarten wie Fußball, damit Kinder unabhängig ihres Geschlechts die gleichen Chancen haben
- mehr geschützte Räume für Mädchen oder Frauen, z.B. Mädchentreffs oder Workshops
- dass die Stadt Fürth Frauen bis zur Abschaffung des §219a anonymen Zugang zu Informationen über Schwangerschaftsabbrüche gewährt, inkl. Adressen von durchführenden Institutionen. Außerdem müssen Beratungsstellen (z.B. ProFamilia) ausreichend finanziert sein
- eine kostenlose Ausgabe von Monatshygieneartikel in allen öffentlichen Einrichtungen, vor allem aber in örtlichen Schulen

10. Jugend heißt Zukunft - Freiräume für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Über 30 Prozent der Fürther*innen sind unter 30 Jahre alt. Gerade vor diesem Hintergrund muss Fürth auch die Bedürfnisse junger Menschen und Kinder zum Schwerpunkt machen. Die "Fridays for Future"- sowie die Fürther Protestgarten-Bewegung hat gezeigt, wie sehr junge Menschen sich einbringen wollen. Ihnen gehört die Zukunft, weswegen man ihnen eine Mitgestaltung ermöglichen muss.

Trotz vielfältiger Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Fürth werden noch nicht alle Zielgruppen erreicht. In einigen Stadtteilen gibt es wenige bis keine Einrichtungen oder niedrigschwellige Angebote. Für Kinder gibt es zu wenige Spielplätze und insbesondere für Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren fehlt es an Möglichkeiten. Die Protestgarten-Bewegung hat zurecht und laut-stark den offenen Bedarf an Aufenthaltsräumen für junge Erwachsene thematisiert.

DIE LINKE möchte politisches Engagement bei Kindern und Jugendlichen fördern und unterstützt deshalb die politische Selbstorganisation junger Menschen.

DIE LINKE. Fürth fordert

- ein soziokulturelles Jugendzentrum in Selbstverwaltung, nach Möglichkeit in einem städtischen Gebäude, übergangsweise auch in einem angemieteten Gebäude z.B. Lockschuppen
- die Einführung eines Jugendparlaments unter Beteiligung aller gesellschaftlicher Schichten, mit eigenem Etat und Entscheidungsbefugnissen
- den Erhalt der zusätzlich geschaffenen Grillplätze
- Zugang zu Freizeit- Kultur- und Sporteinrichtungen für alle Jugendlichen, wobei die Mitgliedsbeiträge bei Bedürftigen von der Stadt übernommen werden
- mehr Spielplätze und Grünflächen, zum Teil mit Beleuchtung für die Wintermonate
- Indoor-Aufenthaltsmöglichkeiten für Familien ohne Konsumzwang (z.B. Flair Einkaufszentrum)
- einen Aktivspielplatz in Fürth, damit Kinder und junge Jugendlichen in Ruhe spielen und sich ausprobieren können
- die Förderung von Bolzplätzen, Skateranlagen etc.
- die Schaffung weiterer legaler Graffiti-Flächen

- in der Oststadt/Innenstadt ein niedrigschwelliges Angebot für Jugendliche. Es braucht Räume, an denen sich Jugendliche ungezwungen und ohne Konsumzwang aufhalten können
- mindestens zwei Streetworker*innen die Jugendliche an ihren Orten aufsuchen (z.B. Paradiesbrunnen, Hornschuch-Center, Jako)
- Hilfe statt Strafe: Der Einsatz des kommunalen Ordnungsdienstes und der Polizei führt teilweise zu einem starken Gängelungs- und Überwachungsgefühl bei den Betroffenen. Die kommunalen Mitarbeiter*innen sollen in Hinblick auf soziale Belange sensibilisiert und geschult werden

11. Für eine seniorengerechte und barrierefreie Kommune.

Ältere Menschen und Menschen mit Behinderung stoßen in Fürth oft auf Hindernisse. Diese erschweren die Mobilität im öffentlichen Raum, beim Einkauf, beim Wohnen, beim Nah- und Fernverkehr und bei der Teilhabe an Kultur, Bildung, Sport und Freizeitaktivitäten. Zwei Drittel der Menschen, die im Alter Anspruch auf soziale Grundsicherung hätten, verzichten darauf. Viele schämen sich, dem Staat zur Last zu fallen. Eher sparen sie bei Heizung und Lebensmitteln. Mehr als 60 Prozent der Anspruchsberechtigten machen ihren Rechtsanspruch gar nicht erst geltend. Dabei könnten die Betroffenen ihr Einkommen durchschnittlich um 220€ erhöhen. Teilweise lässt sich dies auf einen Mangel an Beratungsstellen zurückführen.

DIE LINKE streitet für ein für ein Altern in Würde und für Barrierefreiheit.

DIE LINKE. FÜRTH fordert

- Förderprogramme für den barrierefreien Aus- und Umbau bezahlbarer Mietwohnungen
- Neubau, Aus- und Umbau von alters- und behindertengerechten Wohnungen und betreutem Wohnen bei Neubauten soll mindestens eine Quote von 30% erzielt werden
- mehr öffentliche Toiletten für alle Menschen und die Ausweitung des kommunalen Programms "Nette Toilette"
- dass im Straßenbau mit minimalen Neigungswinkeln, rollstuhlgerechten Fahrspuren, Blindenleitsystemen (inkl. -ampeln) flächendeckend Barrierefreiheit erzielt wird
- Orientierungshilfen für Gehörlose oder Schwerhörige, z.B. Induktionssysteme
- in allen städtischen Ämtern und auf Veranstaltungen soll Gebärdensprache zur Kommunikation eingesetzt werden können
- dass Leichte oder Einfache Sprache bei Formularen oder Informationsmaterial eingesetzt und offline wie online zugänglich gemacht wird
- Barrierearmut in den Bahnhöfen, das heißt barrierefreien Umbau des Bahnhofs Fürth und zumindest des Haltepunkts Unterfarnbach
- genügend Platz für Kinderwägen, Rollstühle und Rollatoren in den städtischen Bussen, mit funktionstüchtigen Rampen und Plänen auf Augenhöhe
- mehr Sitzplätze an Haltestellen des Nahverkehrs
- dass Gruppierungen oder Vereine, die sich für Menschen mit Behinderung und Senior*innen öffnen gezielt bedarfsgerecht gefördert werden

- die Förderung alternativer alters- und behindertengerechter Wohnformen (Senioren-WGs, Mehrgenerationenhäuser u. a.)
- eine zeitnahe Umsetzung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren "Fürth für Alle" und "Seniorenpolitisches Gesamtkonzept" und regelmäßige Berichte über den Projektfortschritt, auch in leichter oder einfacher Sprache
- aufsuchende Sozialarbeit, insbesondere bei Senior*innen und Beratung vor Ort über die Möglichkeit zur Grundsicherung und damit Einkommensverbesserung

12. Gesundheitsversorgung überall. Pflegenotstand bekämpfen.

Einrichtungen der Gesundheitsversorgung sind chronisch unterfinanziert und immer mehr gezwungen, marktorientiert zu arbeiten. Wir unterstützen lokale gewerkschaftliche Kämpfe für mehr Personal im Gesundheitswesen sowie in der Altenpflege. Darum initiierten wir in Bayern das Volksbegehren "Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern".

Privatisierungen von Krankenhäusern müssen verhindert werden. Gleichzeitig wehren wir uns dagegen, dass wichtige Bereiche wie Küche und Reinigung an private Service Gesellschaften ausgelagert werden. Daher begrüßen wir die Wiedereingliederung der Reinigungskräfte des Fürther Klinikums, für die wir und die Gewerkschaft jahrelang gekämpft haben.

Gesundheit ist keine Ware, sondern eine öffentliche Aufgabe!

DIE LINKE. Fürth fordert

- keine Privatisierung des Fürther Klinikums
- einen Personalschlüssel am Fürther Klinikum, der sich am tatsächlichen Pflegeaufwand orientiert

- den gezielten Aufbau von Pflegestationen und wohnortnaher mobiler Pflege bei gleichzeitig fairer Bezahlung der angestellten Pflegedienste
- ein Konzept zur Unterstützung von Hebammen-Stützpunkten oder -Kooperationen
- eine Vergrößerung der Geburtenstation mit ausreichender Personaldecke, sodass Frauen nicht mehr abgewiesen werden
- dass die Stadt Fürth sich mit anderen Kommunen für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich stark macht, inkl. besserer Entlohnung

13. Inklusion für Menschen mit Behinderung.

Für DIE LINKE ist eine inklusive Sicht auf die Gesellschaft von großer Bedeutung, um allen Menschen - ob mit oder ohne Behinderung, mit und ohne großen Geldbeutel, egal welcher Herkunft und Nationalität, die soziale Teilhabe zu ermöglichen. Soziale Sicherheit, die Garantie auf Arbeit oder einen Ausbildungsplatz und Wohnen sind Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft. Die Stadt Fürth hat sich als "Stadt der Vielfalt" dazu verpflichtet, für alle Teile der Bevölkerung da zu sein.

DIE LINKE. Fürth fordert

- dass alle Menschen Ausbildungsplätze und Arbeit bekommen, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können, ohne Diskriminierung zu erfahren
- Abbau von Diskriminierung, beispielsweise bei der Behandlung Arbeitssuchender im Jobcenter
- Ein Ende der Politik der Sanktionen und Kürzungen von Sozialleistungen

- die aktive Integration aller Fürther*innen: Das Sozialamt der Stadt Fürth führt regelmäßig Foren, Integrationsveranstaltungen und Bürger*innenversammlungen für alle Betroffenen durch, damit Menschen, die Diskriminierung erfahren, auch Gehör finden
- dass bei kommunalen Auftragnehmern die gesetzliche vorgegebene Beschäftigungsquote in Höhe von mindestens 6% von Menschen mit Behinderung verbindlich durchgesetzt wird

14. Digitalisierung: Die vernetzte Stadt demokratisch gestalten.

Die Digitalisierung in bayerischen Kommunen kommt nur langsam voran. Eine kommunale Strategie zur Umsetzung einer Digitalisierung, die allen Bürger*Innen zugutekommt, braucht es dringender denn je. Konzepte der Digitalisierung können nur in Zusammenarbeit mit anderen erfolgreich werden und nicht durch die kommunale Verwaltung allein. Expert*Innen können hier beratend unterstützen. Ebenso wichtig ist der Einbezug von Bürger*Innen, um zu ermitteln, was wirklich benötigt wird. Bei der Erhebung von Daten muss der Datenschutz oberste Priorität haben. Gleichzeitig bedeutet Digitalisierung auch die Möglichkeit zu mehr Transparenz und besseren Zugang zu Informationen für alle. Die Stadt Fürth hat bisher mit der "Fürth App" und dem Stadtrats-Infosystem nur zaghafte Schritte in die richtige Richtung gemacht. Dabei bietet ein umfassendes Konzept für die "digitale Kommune" die Chance, Inklusion und Bürgerbeteiligung voranzutreiben und zu vereinfachen.

DIE LINKE. Fürth fordert

- kostenfreies WLAN an öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Einrichtungen. Dabei sollen nicht-kommerzielle Initiativen wie "Freifunk Franken" einbezogen und unterstützt werden

- den Zugang zu allen, mit städtischen Geldern erzeugten Werken, wie Texten oder Fotos
- die Bereitstellung von Geoinformationsdaten, beispielsweise zu Forschungszwecken
- ein einheitliches, gemeinsames Portal für die Bevölkerung (“One-Stop-Shop”), in dem online Anträge gestellt und auch Informationen abgerufen werden können
- aus Datenschutzgründen keine Videoüberwachung an öffentlichen Orten
- Projekte zur digitalen Integration und Teilhabe, wie Reallabore, um Digitalisierung als theoretischen Begriff den Bürger*Innen nahe zu bringen.
- die Einrichtung eines eigenen Bereichs und genügend personeller Ressourcen, um die Aufgaben der Digitalisierung bewältigen zu können

15. Kommunale Initiativen für Frieden und Konversion.

Kriege und unfairen Handel sind der Hauptgrund für Hunger in der Welt, Flucht und Vertreibung. Rüstungsexporte, Aufrüstung und internationale Kriegseinsätze verursachen nicht nur hohe Kosten, sondern schaffen vor allem auch unermessliches menschliches Leid. Dafür wollen wir keine Propaganda – „Bundeswehr raus aus den Schulen!“ ist unser Motto. Deshalb setzt sich DIE LINKE für die Konversion der bayerischen Rüstungsbetriebe in zivile Produktion ein.

Unter anderem auf Initiative der LINKEN hat sich der Fürther Stadtrat friedenspolitische Ziele gesetzt. So hat Fürth dem UN-Vertrag zum weltweiten Verbot von Atomwaffen zugestimmt und ist auch seit vielen Jahren Mitglied der “Mayors for Peace” für eine atomwaffenfreie Welt. Wir wollen aber mehr als bloße Lippenbekenntnisse: Fürth muss seine kommunalen Möglichkeiten für Frieden nutzen und gemeinsam

mit anderen Kommunen Druck auf die Bundesregierung gegen den Rüstungswahnsinn machen.

DIE LINKE. Fürth fordert

- “Bundeswehr raus aus den Schulen”, kein Werben fürs Sterben an unseren Schulen und in städtischen Einrichtungen
- eine Zivilklausel bei der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen
- dass Fürth friedenspolitischen Initiativen die Möglichkeit bietet, ihre Ziele auf kommunalen Veranstaltungen bekannt zu machen
- die städtische Förderung von Friedensprojekten und humanitärer Hilfe in Krisengebieten
- dass Fürth sich gegen jegliche militärische Nutzung des Stadtgebiets ausspricht
- dass Fürth keine Grundstücke an Rüstungsunternehmen verkauft
- dass sich die Stadt Fürth gegen das NATO-Großmanöver „Defender 2020“ ausspricht
- die Unterstützung des Friedensforums bei seinen Aktivitäten

www.die-linke-fuerth.de